

Eupen, den 28. März 2017

Pressemitteilung

Thema: Resolutionsvorschlag zur endgültigen Abschaffung aller Provinzen in Belgien, mit dem Ziel, die unsägliche Diskussion um die Provinzen endlich zu beenden

Wie hinlänglich bekannt ist, existieren in Belgien seit dem 1. Januar 1995 zehn Provinzen, von denen eine Hälfte der Flämischen und die andere der Wallonischen Region untersteht. Die Region Brüssel-Hauptstadt hingegen ist seit Jahren provinzfrei, und seit der 6. Staatsreform werden dort alle provinziellen Zuständigkeiten weiterhin durch andere Institutionen ausgeübt. Dieser Umstand entfacht erneut die Debatte zur Sinnhaftigkeit der Provinzen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich in den anderen Landesteilen die provinziellen Zuständigkeiten mit denen von Regionen und Gemeinschaften überschneiden und somit die staatliche Administration unnötig aufgebauscht wird. In Anbetracht des immer noch zu teuren staatlichen Verwaltungsapparates, der Notwendigkeit der Senkung der Staatsverschuldung sowie der hohen Steuerlast der Bürger, ist es unabdingbar, eine allgemeine, nach Brüsseler Vorbild konzipierte, der Bevölkerung dienliche Abschaffung der Provinzen voranzutreiben - inklusive einer vernünftigen, sinnvollen und kostengünstigen Aufteilung ihrer Zuständigkeiten. Die durch solch eine Entwicklung freiwerdenden Gelder sollten anschließend als Steuererleichterung den Bürgerinnen und Bürgern integral zugutekommen. Entgegen den Forderungen der anderen Parteien in der DG, ist es nicht unser Ziel, die Provinzbefugnisse auf dem Gebiet Ostbelgiens an die DG zu übertragen, sondern grundsätzlich diese überlebte Institution abzuschaffen. Der belgische Föderalismus ist in seiner jetzigen Form äußerst komplex und eine Vereinfachung des Staatsgefüges ist längst überfällig, denn eine aufgeblähte Administration führt zwangsläufig zu einer erhöhten Steuerlast für den Bürger, was zu einem Verlust ihrer Kaufkraft führt. Hinzu gesellen sich die zunehmende Skepsis innerhalb der Bevölkerung gegenüber politischen Entscheidungen, sowie die Politikverdrossenheit. Machenschaften, wie beispielsweise in Rahmen der Publifin-Affäre, tragen ihr Übriges dazu bei. Der Staat muss sich mit der Gesellschaft entwickeln, um deren Bedürfnissen gerecht zu werden, denn Institutionen müssen dem Bürger dienen. Aus diesem Grund hat die Vivant-Fraktion einen Resolutionsvorschlag eingereicht. Dort fordern wir die Verantwortlichen auf, die Provinzen auf dem gesamten belgischen Staatsgebiet abzuschaffen und die Zuständigkeiten an die Verwaltungsebenen zu übertragen, bei denen sie am sinnvollsten und kostengünstigsten angesiedelt wären.

Beste Grüße,
Michael Balter und Alain Mertès